

Der Grüne Klub im Parlament (Hg.)

SCHWARZBUCH
SCHWARZ



SCHWARZBUCH
ROT

SCHWARZBUCH **SCHWARZ**

Warum ein Schwarzbuch SCHWARZ? Wollt ihr Schwarz-Grün unmöglich machen? Wollt ihr damit der SPÖ nützen?

Ganz einfach. Wir legen das Schwarzbuch SCHWARZ vor, weil es viel zu berichten gibt: von der Umfärbung der Republik und der Missachtung der Verfassung; von Verschwendung und Beton; von PISA und Eurofighter; und von einer Parteiführung, der es bei dieser Wahl vor allem um eines geht: um sich selbst.

Im Herbst 2006 geht es um viel: um die Chance einer großen Wende in der Energiepolitik; um eine faire Verteilung von Einkommen, Bildung und Lebenschancen; um eine freie und offene Gesellschaft; und um ein Österreich, das seine Lage mitten in Europa zum politischen Auftrag macht.

Der ÖVP scheint es um etwas anderes zu gehen: um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Darüber berichten wir im Schwarzbuch SCHWARZ.

OFFEN GESAGT

„Eine Zusammenarbeit mit Haider ist deswegen unmöglich, weil für mich Lebensfragen Vorrang haben vor Parteiinteressen. Eine FPÖ, die die EU ablehnt, die Integration bekämpft und in der Ausländerfrage mit den Gefühlen der Menschen spielt, lehne ich ab. Somit scheidet die FPÖ als Partner aus.“ Wolfgang Schüssel, Februar 1999

„Die FPÖ steht außerhalb des Verfassungsbogens.“ Andreas Khol, April 1995

„Ich habe gesagt, dass eine Partei, die sich einer radikalen Sprache bedient, die Dritte Republik will, deutschtümelt und Europa ablehnt, außerhalb dieses Bogens steht. All dem hat die FPÖ abgeschworen, und daher ist sie wieder im Verfassungsbogen.“ Andreas Khol, Mai 2000

„Darüber hinaus werden... mögliche Attacken der Opposition im vornhinein simuliert und gleichzeitig Mittel entwickelt und eingesetzt, um die Attacken der Opposition in ihrer Wirkung auf ein Minimum zu reduzieren.“ Der Wendeplan der neuen Bundesregierung. Internes Planungspapier, Juli 2000

„Wir werden die Schafe von den Böcken trennen.“ Andreas Khol, April 2000

„Neu regieren heißt, das System zu verändern. Und das System verändern geht nicht ohne Späne. Wo gehobelt wird, fliegen Späne.“ Andreas Khol, Oktober 2000

„Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit.“ Andreas Khol, Oktober 2000

„Niemand braucht sich vor dieser Regierung zu fürchten.“ Wolfgang Schüssel, März 2000

Eine Bilanz

Regierungsparteien haben für ihre Reformen meist gute Gründe. Oppositionsparteien sind meist aus ebenso guten Gründen dagegen. Jeder hat eben seine eigenen Gründe und will in einer Regierung zeigen, dass er recht hat. So funktionieren Demokratien.

Die österreichische Bundesregierung geht weiter. Wolfgang Schüssel will Österreich nicht nur verändern. Er will es vor allem beherrschen. Es geht nicht um sachliche Anliegen und damit um Reformen. Es geht um die Macht. Dabei überschreitet die ÖVP zwei wichtige Grenzen: die Grenzen von Rechtsstaat und Demokratie. So funktionieren Demokratien nicht.

In der Demokratie sind Gegner politische Konkurrenten. Für die ÖVP und die Reste des Koalitionspartners sind Gegner Hindernisse, die man aus dem Weg räumt. Zwar kommen die versprochenen Reformen kaum von der Stelle, und die fixe Idee vom „Nulldefizit“ kann das Rekorddefizit an Reformideen nicht wettmachen. Aber in einem handelt die Regierung schnell und entschlossen: beim Versuch, die ganze Macht zu übernehmen. Dabei verfolgt sie drei Ziele: sensible Bereiche politisch zu säubern; eigene Leute in Schlüsselstellen zu setzen; und jede Kritik mit allen Mitteln zu bekämpfen.

In sechs Jahren hat das Wendekabinett einiges erreicht. Der ORF hat dem Druck nachgegeben und sich angepasst. Schlüsselpositionen in der Wirtschaft sind von Regierungs-Parteigängern besetzt. Traditionell kritische Gruppen wie StudentInnen und Zivildienstler sind finanziell getroffen und geschwächt. Die Justiz ist verunsichert und führt um ihre Unabhängigkeit ein Rückzugsgefecht. Polizei und Sozialversicherungen sind umgefärbt. Und der Nationalrat wird mit allen Mitteln an seiner gesetzlichen Kontrolle gehindert.

Mit einfacher Mehrheit rückt die Nationalratsmehrheit jetzt Plenum für Plenum das Land weiter nach rechts.

Es stimmt: Die Wenderegierung ist „legitim“. Sie ist streng nach dem Buchstaben der Verfassung gebildet worden. Kein einziges Gesetz der Republik Österreich verbietet dem Spitzenkandidaten der drittstärksten Partei, sich an die Macht zu schwindeln. Auf dem Weg zum Bundeskanzler hat der Spitzenkandidat der ÖVP kaum einen Wortbruch ausgelassen. Die einzige Sanktion, die auf Wählertäuschung droht, ist die Abwahl. Bis dahin regiert Schüssels Wendekabinett auf der schmalsten Basis, die eine Regierung nach 1945 vorgefunden hat.

Die Personen zeigen: Der Kanzler führt das letzte Aufgebot in die entscheidende Wahl. Ein Teil seiner Minister ist unfähig. Der andere Teil ist zu allem fähig. Von Gehrler bis Grasser droht die Fortsetzung einer Politik, die unter Zukunft nur eines versteht: den Sessel, an dem man seit sechs Jahren klebt.

Von der Bildung bis zur Infrastruktur, von der Bekämpfung der Armut bis zur Wiederherstellung des Rechtsstaats, von der Rettung des ORF bis zur Wahrung der Rechte der BürgerInnen ist es Zeit für einen Neubeginn. Dazu ist es notwendig, einmal die schwarze Bilanz zu ziehen.

.
. .
. . .
. . . .
.
.
.
.
.
.
.
.

SCHWARZ – SCHWARZ – SCHWARZ

Die politische Aufteilung der Republik ist nichts Neues. Dreißig Jahre lang haben SP-Kanzler ihren kleineren Partnern die kleineren Stcke der Personalkuchen zurechtgeschnitten. Wenn heute Regierungsabgeordnete die SPÖ hmisch an ihre Vergangenheit erinnern, haben sie recht.

Trotzdem ist alles anders. SPÖ und ÖVP haben sich die Republik aufgeteilt. Die Schüssel-ÖVP nimmt sich alles. Aus Rot-Schwarz ist Schwarz-Schwarz geworden. Seit 1945 ist die ÖVP die erste Partei, der alle Mittel für die ganze Macht recht sind.

Der ÖVP kommt dabei eines zugute: Im Lauf der sechs Jahre wurde aus einer relativen eine absolute ÖVP-Mehrheit. Das BZ ähneln immer mehr einem politischen Blinddarm: Er ist Teil des Verdauungssystems und ist für Entzündungen anfällig. Es entwickelt nur noch in einem politisches Eigenleben: im Versuch, noch vor der Wahl alle, die bis zum Ende mitgelaufen sind, unter zu bringen.

Die ÖVP will an der Macht bleiben. Immer seltener kann sie die Menschen überzeugen. Daher will sie sich die Macht sichern, mit allen Mitteln. Die letzten sechs Jahre zeigen, dass es ihr damit ernst ist.

Die Mittel der ÖVP heißen:

- + Personelle Säuberung und Umfärbung
- + Beschädigung der Unabhängigkeit von ORF, Polizei und Justiz
- + Bewusste Verletzung der Verfassung
- + Einschränkung der Rechte des Nationalrat.

Seit dem Jahr 2000 hat die ÖVP von diesen Mitteln ausgiebig Gebrauch gemacht. Am Ende der schwarz-orange-blauen Kabinette

präsentiert sich Österreich in drei neuen Farben: schwarz, schwarz und schwarz.

Gleichschaltung 1: Hauptverband und ÖGB

In der alten Zweiten Republik hielten sich zwei Lager die Waage: das schwarze mit Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer und ÖVP und das rote mit Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammer und SPÖ. Seit der schwarzen Wende gilt das nicht mehr. Stück für Stück ist die Sozialpartnerschaft aus dem Gleichgewicht gekommen.

Der erste Angriff der ÖVP galt dem Hauptverband. In Österreich verwalten sich die Sozialversicherungen selbst. Dabei waren sich ÖVP und SPÖ lange Zeit sicher: So wie die Versicherungen der Bauern und die der kleinen Gewerbetreibenden nur schwarz sein könnten, kann der Hauptverband aller Sozialversicherungen nur rot sein. 5,3 Millionen Unselbständige stehen 700 000 Selbständigen gegenüber. Die erdrückende Mehrheit der Versicherten sind eben unselbständig Beschäftigte.

Im Jahr 2001 stand der Hauptverband unter seinem Präsidenten Hans Sallmutter der Regierung im Weg. Ambulanzgebühren, Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung und vor allem die Pensionsreform – mit dem roten Hauptverband ging es nicht.

Es ging offen und einfach. Am 21. Jänner 2001 erklärt Vizekanzlerin Riess-Passer: „*Solche Leute brauchen wir nicht.*“ Die ÖVP springt auf den Zug auf: Budgetsprecher Stummvoll stellt drei Tage später fest, Sallmutter agiere regierungsfeindlich und sei deshalb nicht länger tragbar. Minister Bartenstein schließt sich an. Ende Jänner verkündet Sozialminister Haupt die Absetzung des Präsidiums des Hauptverbandes. Aber Haupt scheidet am Verfassungsgerichtshof. Am 22. Mai stellt das Höchstgericht fest, dass Sallmutter bis 2005 bleiben könne.

Die Regierung ignoriert das Höchstgericht. Haupt bleibt dabei: Sallmutter muss weg, „*weil er mein Vertrauen nicht hat*“.

Sallmutter sitzt fest im Hauptverband. Also wird der gesamte Hauptverband abgerissen und neu gebaut. Die UnternehmerInnen bekommen im Vorstandsvorstand gleich viele Sitze wie die ArbeitnehmerInnen. Erstere sind alle schwarz. Letztere sind rot – bis auf einen, den Vertreter der BeamtInnen. In der Trägerkonferenz bekommen die 800 Notare einen Sitz. Die sechs Betriebskrankenkassen mit ihren 32 000 Mitgliedern gehen leer aus. Damit ist die Mehrheit zwei mal schwarz und der Widerstand gemeinsam mit der Verfassung gebrochen.

Die Umfärbung der Sozialversicherungen war Wolfgang Schüssels erste große Säuberung und sein erster Angriff auf die Verfassung. Von da an war klar, dass die Regierung gegen Widerstand zu allem bereit war.

Der zweite Angriff galt dem ÖGB. Als die Spitze des ÖGB im BAWAG-Sumpf versank, stand der Bundeskanzler vor der Entscheidung: den Bankplatz „Österreich“ sichern oder den ÖGB schwächen. Schüssel hat sich gegen Sozialpartnerschaft und Wirtschaftskompetenz und für den politischen Nutzen und die Macht des schwarzen Lagers entschieden.

Mit der Verstaatlichung der gewerkschaftlichen Anteile an der Nationalbank wurden die Vertreter der ArbeitnehmerInnen aus der Nationalbank entfernt. Seit dem Mai 2006 ist der Generalrat der Nationalbank fest in schwarzer Hand. Ein Gesetz, das den ÖGB in den Konkurs treiben sollte, konnte im letzten Moment entschärft werden. Das Ziel ist jedenfalls erreicht: In der neuen Sozialpartnerschaft sitzt ein schwacher ÖGB am Katzentisch.

Gleichschaltung 2: Polizei

Niemand hat ein Ministerium so schnell gesäubert und umgefärbt wie Ernst Strasser. Binnen zwei Jahren wurden Polizei und Innenministerium SPÖ-frei gemacht. Seitdem herrscht eine besondere Art von Sicherheit: Die ÖVP ist im Innenministerium vor der SPÖ sicher.

Die erste Säuberungswelle traf die Spitze:

Max Edelbacher war Chef des Wiener Sicherheitsbüros und Österreichs renommiertester Kriminalpolizist. Edelbacher äußerte sich kritisch zur Polizeireform und landete „dienstzugeteilt“ in einem fensterlosen Raum im Innenministerium.

Wolf Szymanski war Leiter der Sektion „Recht und Fremdenwesen“. Um Szymanski loszuwerden, wurde die Sektion ohne sachlichen Grund zerlegt. Dann wurde Szymanski Ende 2002 sein letzter Aufgabenbereich entzogen.

Oskar Strohmeyer war bis Mitte 2002 Gendarmeriezentralkommandant. Strasser degradierte den Chef der Bundesgendarmerie zum Flughafenpolizisten. Als Strohmeyer die Ausschreibung über seine eigene Nachfolge gewann, wurde sein Konkurrent bestellt – der bei der Bewertung durchgefallen war.

Peter Heindl war Chef der Staatspolizei. 2002 wurde er in die EDV versetzt. Da die FPÖ im Jahr 2000 nicht das verlangte Innenministerium bekommen hatte, erhielt sie jetzt die Staatspolizei und durfte einen Mann ihres Vertrauens an deren Spitze setzen.

Franz Schnabl war Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache. Nachdem penible Untersuchungen gegen ihn nichts erbracht hatten und der Versuch, ihm Verfehlungen nachzuweisen, gescheitert war,

wurde Schnabl ohne Begründung entfernt. Strasser ließ seinen Posten neu ausschreiben.

Die fünf Spitzenbeamten hatten alle denselben Fehler: ein Parteibuch der SPÖ. Das war zuviel.

Nach der Spitze wurde eine Ebene nach der anderen gesäubert. Zollbeamte, Verwaltungsjuristen – wer ein schwarzes Parteibuch hatte, wurde in Schlüsselpositionen gesetzt. In weiten Bereichen brachen Arbeitsqualität und Moral ein. Die Wiener Kriminalpolizei hat sich bis heute nicht von der Umfärbung erholt. Aber die ÖVP hat ihr Ziel erreicht. Die Polizei ist fest in schwarzer Hand.

Gleichschaltung 3: Justiz

Im Oktober 2000 begann die Regierung ihren Angriff auf die Justiz. Ihr erstes Ziel: Die Staatsanwälte, Richter und Polizisten, die in der Spitzelaffäre ermittelten, sollten entfernt, die Verfahren gegen Politiker einer Regierungspartei eingestellt werden. Ihr Mittel: Mobbing gegen die Beamten. Ihr zweites Ziel: eine Justiz, die beides ist: hart gegen Opposition und Medien, ein sicherer Schutz für Regierung und ÖVP.

Die Justiz fühlte sich politisch im Stich gelassen. *„Die Richter und Staatsanwälte vermissen eine klare Zurückweisung der gerade in den letzten Tagen massiv versuchten Einflussnahme seitens hemmungslos parteipolitisch agierender Spitzenrepräsentanten.“* Justizminister und Bundeskanzler schwiegen weiter. Erst Wochen nach Beginn der Kampagne meldete sich der Bundeskanzler am 17. Dezember endlich zu Wort: Richter und Staatsanwälte hätten *„nichts zu fürchten“*, weil sie *„pragmatisiert sind“*. Zu den Angriffen der FPÖ fiel dem Kanzler nichts ein. *„Erschüttert“* waren Richter und Staatsanwälte darüber, *„dass die Angriffe Westenthalers weder vom Bundeskanzler noch von ÖVP-Klubobmann Andreas Khol zurückgewiesen worden seien“*.

Am 16. Dezember 2000 wandten sich 1280 Richter und Staatsanwälte mit einem Offenen Brief an die Politik. *„Unabhängigkeit und Gewaltentrennung sind in Gefahr, wenn mit unverhohlenem politischem Druck auf laufende Verfahren Einfluss genommen werden soll. Es sind daher alle Repräsentanten dieser Republik aufgerufen, Versuchen entgegenzutreten, die Justiz der Politik dienstbar zu machen.“* Zum ersten Mal wehrte sich die gesamte österreichische Justiz.

Mit dem Schweigen des Kanzlers wurde die Justizpolitik zum Fall für die internationale Menschenrechtsbewegung. *„Dieser beispiellose Offene Brief ist ein Warnsignal... Nicht nur die Justiz, auch die Regierung muss die Herrschaft des Rechts und die Gewaltenteilung in Österreich verteidigen.“* Die Internationale Helsinki Föderation schreitet nur dann ein, wenn sie Grundrechte akut gefährdet sieht. Jetzt war es erstmals in Österreich soweit.

Stück für Stück wurde die Justiz an die Leine genommen. Die Verfahren in der Spitzelaffäre wurden eingestellt. Das Justizministerium wies die Polizei an, aus ihrem Bericht alles, was Jörg Haider und andere Säulen der Koalition betraf, zu entfernen.

Als Karl Heinz Grasser der Steuerhinterziehung verdächtig war, wusste die Staatsanwaltschaft bereits, was zu tun war. Gegen den Widerstand zweier unabhängiger Richtersenate, trotz eindeutiger Gutachten und Sachbeweise stellte der Staatsanwalt das Verfahren ein. Haider und Grasser stehen unter dem Schutz eines Staatsanwaltes, der für alle Regierungsverfahren zuständig ist – und sich jeden Schritt vom Justizminister genehmigen lassen muss.

Gleichschaltung 4: ORF

Der ORF ist nach 6 Jahren Schüssel-Regierung die Parteifernseh-anstalt der ÖVP. Er ist dabei, seine Unabhängigkeit und damit seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Während in Deutschland die öffentlich-rechtlichen Sender SeherInnen gewinnen und mit ihrer kritischen Information im stärksten umkämpften Fernsehmarkt Europas wieder Marktführer wurden, verliert der ORF täglich Marktanteile.

Die Fakten: Der ORF-TV-Bereich im Allgemeinen und ZiB1, ZiB2, Report und ´Offen Gesagt` im Besonderen verlieren dramatisch an SeherInnen. Insbesondere Jüngere wenden sich ab. Das Ergebnis sind Marktanteils- und Reichweitenverluste, die wiederum sinkende Werbeeinnahmen zur Folge haben.

Diese Entwicklung ist das Resultat des politischen Drucks der ÖVP auf den ORF, der von der ORF-Führung verstärkt nach innen weitergegeben wird. Schüssel und sein Klubobmann Molterer beschränken sich aber nicht nur auf die ÖVP-Dominanz in den Nachrichten, sondern auf die Auswahl der Themen selbst. Auf Sendung geht, was der ÖVP nützt, ausgeblendet wird, was der ÖVP schaden könnte. Am 20. Oktober 2005 durfte die Sendung „Donnerstalk“ nicht ausgestrahlt werden. Drei Tage später wurde in Wien gewählt. Die ÖVP wollte sogar das Kabarett-Risiko ausschalten.

Zunehmend besetzt die ÖVP andere Sendebereiche. So erhielt Schüssel die Möglichkeit, in einer eigenen Sendung - durchgeschaltet in ORF1 und ORF2 - eine minutenlange Direktansprache an die ORF-SeherInnen zu richten. Bislang war dieses Privileg zu wenigen besonderen Anlässen dem Bundespräsidenten vorbehalten.

Wenige Monate später besetzte Schüssel anlässlich der olympischen Winterspiele in Turin als „Sportminister“ das ORF-Olympiastudio. Die Sportler erkämpften die Medaillen – der Kanzler präsentierte sie.

Gleichzeitig verweigert Schüssel Auftritte in Sendungen, bei denen auch VertreterInnen der anderen politischen Parteien anwesend sind. Der Kanzler lässt dem ORF ausrichten, dass er an einer Diskussion nur teilnimmt, wenn die Opposition draußen bleibt. Der ORF akzeptiert. Der Justizminister verlangt ein Offen Gesagt ohne Opposition. Der ORF akzeptiert. Die Regierung bestellt – der ORF liefert.

Runde Tische oder Konfrontationen in der ZiB2 und dem Report finden kaum mehr statt. Dafür berichtet das Fernsehen vom schwarzen Hof. Im Jänner 2006 meldete DerStandard.at: „In der ZiB 1 hat die ÖVP die Absolute.“ Ein Monat später lautete die Meldung: „Volkspartei hat in der ZiB 1 die Zweidrittelmehrheit.“ Die Opposition hat ihren Platz: „Alfred Gusenbauer scheint als erster Oppositionspolitiker auf Platz sechs auf.“

Ein Schwarzfunk ORF wird weiter SeherInnen verlieren. Ein ORF mit einem Marktanteilen unter vierzig Prozent wird wirtschaftlich nicht überleben. Die ÖVP gefährdet ein Unternehmen, das der Republik gehört.

Gleichschaltung 5: Universität

Universitätsräte

Seit die ÖVP im Bund regiert, regiert der Universitätsrat auf den Universitäten. Er wird zur einen Hälfte vom Senat bestellt. Die andere Hälfte bestimmt die Regierung.

59 Räte hat die Unterrichtsministerin bestellt. Acht davon stammen aus dem Unterstützungskomitee für Wolfgang Schüssel. Dazu kommen Kabinettsmitarbeiter und ÖVP-Funktionäre. An einigen Universitäten sitzt keine einzige Frau im Rat. Dafür schafft Gehrler eine Neuerung: Mitglieder rechtsextremer Burschenschaften werden Universitätsräte, von der Burschenschaft „Olympia“ bis zu den „Oberösterreichischen Germanen“. Gehrler bemerkt stolz: *„Toleranz ist keine Einbahnstraße“*. Gegenüber rechts stehenden Uniräten müsse man im *„Zeitalter der Multikulturalität“* tolerant sein.

Pädagogische Hochschulen

Die ÖVP ist überzeugt: Wer die Lehrerausbildung kontrolliert, kontrolliert auch die LehrerInnen der Zukunft. Daher geht die Reform der pädagogischen Hochschulen noch ein paar Schritte weiter.

Im fünfköpfigen Hochschulrat werden drei Personen direkt von der Unterrichtsministerin und zwei vom Land bestellt. Die Unterrichtsministerin genehmigt den Organisationsplan, die Satzung, den Ziel- und Leistungsplan, den jährlichen Ressourcenplan, bestellt den/die RektorIn, die VizerektorInnen, die Lehrenden auf Planstellen und das gesamte Verwaltungspersonal. Damit nichts schief gehen kann, verordnet sie auch die Studienordnung. Günther Haider, der Leiter der Bildungs-Zukunftskommission: *„Was aber jetzt passiert, ist nur eine Verparteipolisierung der Hochschulen. Man verschafft sich Einfluss, indem man Parteifreunde vom Ministerium und dem jeweiligen Landesschulrat in den Hochschulrat schickt.“* Wer nach der Wende die pädagogischen Hochschulen sieht, sieht nur noch schwarz.

ÖH

Im November 2004 wurde versucht, die ÖH mittels Gesetz umzufärben. Die ÖVP hatte sich kaum Chancen ausgerechnet, die ÖH-Wahlen

im Zentralausschuss gegen die grün-rote Mehrheit zu gewinnen. Die Lösung der ÖVP: Es wird nicht mehr gewählt. Die direkte Wahl zum Zentralausschuss wurde mit Regierungsmehrheit durch den Nationalrat abgeschafft. Wer nicht schwarz wählt, wählt gar nicht mehr.

Zumindest die StudentInnen haben sich erfolgreich gewehrt. Der große Erfolg der regierungskritischen Listen war eine klare Antwort der Studierenden an den Kanzler.

Gleichschaltung 6: Kunst

Die Ablehnung der schwarz-blauen Wende war in zwei Bereichen besonders deutlich: an den Universitäten und in der Kunst. Bis heute hat sich noch kein namhafter Künstler in Regierungsnähe begeben.

Franz Morak hat als Staatssekretär dafür den KünstlerInnen die Rechnung präsentiert. Das Kunstbudget wurde um mehr als hundert Millionen Schilling gekürzt. Die Zentren der Regierungskritik sind die Hauptopfer: neue Medien, freie Radios, unabhängige regionale Initiativen und der österreichische Film. Von den rund vierhundert Kulturinitiativen wissen nur wenige, ob sie finanziell das Regime „Morak“ überleben werden. Franz Morak droht mit dem Schlimmsten: *„Ich bin Schüssels Dialogangebot an die Künstler“*.

Für die Filmbranche wurde die Diagonale diszipliniert. Als sich ihre Generalversammlung wehrte, ließ Morak einen neuen Trägerverein gründen. Die wichtigste Neuerung: Die Bestellung des Geschäftsführers bleibt dem Staatssekretär vorbehalten. Morak wählte aus. Einige Monate später waren das Festival am Ende, die Geschäftsführung fort und 392 000 Euro verloren. Morak ließ ausrichten, dass man das, *„was vergangen ist, nicht noch einmal aufrollen sollte“*.

Kontrollnotstand: der Nationalrat

„In der Sache selbst bin ich das Salzamt.“ Als Österreichs drei führende Verfassungsjuristen feststellten, dass der Verteidigungsminister dem Nationalrat den Großteil des Eurofighter-Vertrages offen legen müsse, stellte sich der Nationalratspräsident mit diesem Satz an die Seite der Regierung und gegen die Verfassung. Seit Andreas Kohl Präsident des Nationalrats ist, versucht die ÖVP, das ganze Parlament zum Salzamt zu machen.

Anfragen werden entweder falsch oder gar nicht mehr beantwortet. Im Rechnungshofausschuss verhindert die Regierungsmehrheit die Ladung der Auskunftspersonen. Die MinisterInnen verschanzen sich verfassungswidrig hinter der Amtsverschwiegenheit.

Anträge der Opposition verschwinden in Schubladen. Bis September 2005 wurden in allen Ausschüssen des Nationalrats insgesamt 217 Oppositionsanträge vertagt. 211 wurden gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Insgesamt verweigert die ÖVP-Mehrheit 580 Anträgen, Berichten, Gesetzesinitiativen und Petitionen die parlamentarische Behandlung. Im Parlament darf nur behandelt werden, was von der Regierung vorgelegt wird.

Der Präsident selbst ahndet oppositionelle Kritik mit Ordnungsrufen und lobt Minister vom Vorsitz aus. So wie die anderen FunktionärInnen seiner Partei weiß er: Er tut für die ÖVP nur seine Pflicht. Zum ersten Mal seit 1945 herrscht im Nationalrat offener Kontrollnotstand.

Die unerwünschte Nebenwirkung hat die ÖVP bereits zu spüren bekommen. Die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat ist dem Nationalrat zur Seite gesprungen. Mit der Untersuchung der Eurofighter-Beschaffung im Bundesrat zeigt das Parlament, dass es sich noch immer wehren kann.

Sechs Gleichschaltungen und Kontrollnotstand – das ist der Rahmen, den sich die ÖVP für ihr Regieren geschaffen hat.

UMWELTFEINDLICH, UNGERECHT UND VORGESTRIG – DIE SCHWARZE WENDE

Nach sechs Jahren hat sich das Bild verfestigt. Die regierende ÖVP ist neoliberal in der Wirtschaft und im Sozialen, konservativ von der Familie bis zur Justiz, autoritär der Opposition, den Medien und den BürgerInnen gegenüber.

UMWELTFEINDLICH

AKW-Partei ÖVP

„Der Nationalrat ersucht die Bundesregierung, dass das EURATOM-Forschungsprogramm (...) anstelle neuer Nuklearprojekte weiter an das Ziel eines EU-weiten Atomausstiegs angepasst wird und die zukünftig zu gewährenden Mittel in das allgemeine EU-Rahmenforschungsprogramm integriert werden.“ Diesen Beschluss hat der Nationalrat im Jänner 2004 einstimmig gefasst. Ministerin Gehrler hat als Ratsvorsitzende zugestimmt, dass die Mittel für EU-AKW-Forschung von 1,2 auf 4,1 Milliarden Euro mehr als verdreifacht werden. Damit wird nicht nur „ressourceneffiziente und wettbewerbsorientierte Nutzung der Kernenergie“ sondern auch die „Forschung an neuen Reaktorsystemen“ gefördert. Das ist die Bankrotterklärung der AKW-Politik der ÖVP – und ein klarer Verstoß gegen einen Auftrag des Nationalrats. Gemeinsam mit allen anderen protestiert die ÖVP in Wien gegen Atomkraftwerke. In Brüssel ist die ÖVP verlässlicher Teil der europäischen Atomlobby.

Aus für Ökostrom

Ende 2005 machte die ÖVP klar: Das Ökostrom-Fördervolumen wird auf 17 Millionen Euro pro Jahr heruntergekürzt. Damit bekommen Ökostromanlagen gegenüber 2004 um 80 Prozent weniger Unterstützung. Die Windenergieanlagen müssen sogar mit einer Kürzung um 90 Prozent rechnen.

Österreich hat sich in der EU vertraglich verpflichtet, 78,1 Prozent seines tatsächlichen Stromverbrauchs bis 2010 aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen. Dieses Ziel rückt in immer weitere Ferne. Wenn der Stromverbrauch im bisherigen Tempo ansteigt, droht in der Bilanz der Erneuerbaren Energien eine enorme Lücke – die Prognosen liegen bei einem Erneuerbaren-Anteil von maximal 64 Prozent. Um den fehlenden Elektrizitätsbedarf nicht mit Energie aus fossilen Energieträgern oder mit Atomstrom ausgleichen zu müssen, braucht Österreich also mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Der Ökostromanteil müsste dazu um rund 15 Prozent erhöht werden. Wenn das Ökostromgesetz von einem ÖVP-Kanzler mit Hilfe eines ÖVP-Umweltministers ruiniert wird, ist die letzte Chance, dieses Ziel zu erreichen, verspielt.

Der vergessliche Pröll

Im April 2006 hat Umweltminister Josef Pröll mit dem ‚Grünen Pakt‘ das Agrarumweltprogramm der EU vorgestellt. Eines hat Pröll nicht gesagt: Er hat bei den Verhandlungen auf einen Punkt vergessen: auf die Gentechnikfreiheit in der Landwirtschaft.

1,2 Millionen ÖsterreicherInnen haben das Gentechnik-Volksbegehren unterzeichnet. Das Parlament hat einstimmige Beschlüsse gefasst. Jetzt hätte der Grüne Pakt die Chance geboten, den Verzicht auf Gentechnik-Saatgut im EU-Programm festzuschreiben. Damit wären mit

einem Schlag 88 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 75 Prozent der teilnehmenden Betriebe in Österreich zumindest bis 2013 sicher gentechnikfrei gewesen. Pröll hat nicht einmal den Versuch unternommen, mit der Kommission in Verhandlungen zu treten, um den Verzicht auf genmanipuliertes Saatgut im Umweltprogramm zu verankern. Das hat weitreichende Folgen: Mit Hilfe Prölls können Betriebe an einem Umweltprogramm teilnehmen und dafür Förderungen erhalten, obwohl sie gleichzeitig gentechnisch manipulierte Pflanzen anbauen. Damit kontaminieren sie benachbarte Felder und deren Ernten. Für den Biolandbau ist das existenzbedrohend.

Alles Straße

„Die Nordautobahn ist ein spannendes Projekt.“ Das meint der Umweltminister. Seit dem Jahr 2000 wird es immer spannender. *„Zwei Drittel Schiene, ein Drittel Straße“* hieß es noch 2002 im Generalverkehrsplan. Heute fließen 90 Prozent der Gelder für Verkehr in den Straßenbau. Für den Umweltminister ist das kein Problem: *„Auf der Autobahn ist der Verkehr flüssiger“*.

Über den Verkehr lässt sich streiten. Über die Kosten nicht. Die ASFINAG ist mit zehn Milliarden Euro verschuldet. 13 Milliarden Schulden werden angepeilt. Längst ist die ASFINAG zur Verkehrs-BAWAG geworden. Ohne neue Steuern oder Maut ist die ASFINAG mittelfristig pleite.

„Der RH stellte kritisch fest, dass die verkehrspolitisch gewünschte Verlagerung weder von der Straße auf die Schiene noch vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNRV gelang. Er empfahl dem BMVIT die Ergreifung verkehrspolitischer Lenkungsmaßnahmen zur messbaren Ausweitung der Marktanteile des ÖPNRV.“ Das sagt der Rechnungshof. Der Minister antwortet mit Tempo 160.

Transit frei

September 2000: Außenministerin Ferrero-Waldner verzichtet auf Österreichs Vetorecht beim Transit. Kurz darauf beschließt der Ministerrat mit Mehrheit, das Transit-Protokoll zu Österreichs Beitrittsvertrag zu ruinieren. Die ÖVP hat den internationalen Frächtern die Hintertür geöffnet. In Innsbruck und Wien protestiert sie laut – in Brüssel ist das Geschäft gelaufen.

2001: Die Regierung vergisst, bei ihrer Klage gegen die Überschreitung der zulässigen maximalen Transitzahl eine einstweilige Anordnung zu fordern – um *„die Atmosphäre bei den beginnenden Verhandlungen über eine Nachfolgeregelung beim Transit nach 2003 nicht zu gefährden“*.

Die Regierung vergisst, bei der Zustimmung zur EU-Erweiterung Vereinbarungen zur Begrenzung des Transits zu erzwingen. Der Kanzler behauptet tatsachenwidrig, er habe eine „Verlängerung des Transit-Vertrags bis 2006“ durchgesetzt. Österreich ist vertragslos und schutzlos. Pünktlich ab 1. Jänner 2004 explodiert der Transit – um zwanzig Prozent allein in einem Jahr.

Der Kanzler verspricht Rettung mit der neuen LKW-Maut-Regelung der EU. Aber in Brüssel bricht die Regierung ein. Vielfahrer erhalten zwölf Prozent Rabatt. Sonst bleibt alles beim alten – freie Fahrt für schwarze Frächter.

Als sich der Tiroler Landtag einstimmig für die Verteidigung einer zahlenmäßigen Begrenzung der Fahrten ausspricht, erteilt ihm Andreas Khol eine Rüge: Tirol sollte seine „Wünsche ans Christkind“ vergessen.

In Brüssel stellten ÖVP-Abgeordnete Anträge gegen die vorbildliche Schweizer Verkehrspolitik. Die ökologisch entscheidende Einbeziehung externer Kosten wie der Umwelt- und Gesundheitskosten in die Höhe der LKW-Maut lehnten sie ab.

Franz Fischler weist auf den entscheidenden Punkt hin: „*Man kann keine diskriminierenden Lösungen anstreben. Genau das hat man aber getan, indem beispielsweise unverhältnismäßig viele Ausnahmegenehmigungen für heimische Frächter erteilt wurden.*“ Die ÖVP hat in Brüssel immer nur die Interessen einzelner Frächter vertreten. Österreich hat nie Partner für eine neue Verkehrspolitik gewonnen – weil es unter Wolfgang Schüssel nie eine neue Politik angestrebt hat.

Erhard Busek fasst zusammen: „*Unser Lobbying in Brüssel war mangelhaft. Wir haben in dieser Frage in wenigen Jahren acht Verkehrsminister verbraucht.*“ Neben acht MinisterInnen ist noch etwas verbraucht worden: Österreichs Glaubwürdigkeit.

Am Abstellgleis

Staatsekretär Kukacka ist für den Öffentlichen Verkehr zuständig und wundert sich: „*Die Behauptung, dass die Mittel des Bundes gekürzt oder eingefroren werden sollen, ist unrichtig.*“ Diese Behauptung ist unrichtig. Seit 2000 sind die Mittel für den Öffentlichen Verkehr radikal gekürzt worden.

Budget 2000: Kürzung der Mittel für Verkehrsverbünde und den Mitteln für Privatbahnförderung um 15 Prozent – über 10 Millionen Euro pro Jahr; Kürzung der Mittel für Schieneninfrastruktur um 15 Prozent – rund 120 Millionen Euro;

Doppelbudget 2003/04: Kürzungen von 20 Millionen;

Kürzungen bei den „Bestellerförderungen“ – Förderungen bestimmter Strecken – nach dem ÖPNRV-Gesetz. Der Budgettopf für zusätzliche Angebote – 2002 noch 14,5 Millionen Euro – wurde auf die Hälfte gekürzt.

In seinem Wahrnehmungsbericht zum ÖPNRV-Gesetz stellt der Rechnungshof 2005 fest: *„Die im Zeitraum 2000 bis 2004 den Ländern und Gemeinden zur Kofinanzierung von Verkehrsdiensten bereitgestellten Bundesmittel erreichten mit 37,34 Mill. EUR nur rund ein Viertel des vom BMVIT zum Gesetzesentwurf dargestellten Ausmaßes.“* Drei Viertel der Schienen-Investitionen gibt es nur in der Phantasie des Ministers.

Der Bahn wurden in dieser Zeit weit mehr als hundert dringend nötige Euro-Millionen vorenthalten. Im Jahr 2000 stellte eine Arbeitsgruppe im Finanzministerium eine Investitionslücke von 10 Milliarden Schilling (ca. 726 Millionen Euro) im Nahverkehr fest. Maßnahmen bis heute - nichts. Die Lücke beträgt heute mehr als eine Milliarde Euro. Schüssel, Grasser, Gorbach und Kukacka haben Bahn und Bus aufs Abstellgleis gestellt.

Feinstaub

Am 1. März 2006 lässt die ÖVP ein Feinstaub-Gesetz beschließen. Sieben Wochen später war das erlaubte Jahreslimit von 30 Tagen mit hoher Feinstaubbelastung in Wien, Innsbruck, Graz und Klagenfurt bereits überschritten. Daraufhin ist nichts passiert. Das hat einen Grund: Nach dem neuen Gesetz müssen erst Maßnahmen gesetzt werden, wenn es zu spät ist. Das ist zwar EU-widrig – aber mit schwarzer Mehrheit im Nationalrat beschlossen.

Das Gesetz geht weiter: Dem zuständigen Minister wird bei der Verhängung von Tempolimits durch die Landeshauptleute ein Vetorecht eingeräumt. Der zuständige Minister heißt Hubert Gorbach.

Pröll gegen Pröll

Umweltminister Josef Pröll schwärmt von Biotreibstoffen und erneuerbaren Energieträgern.. Aber hinter seinem Rücken hat Landwirtschaftsminister Josef Pröll im Rahmen der Steuerreform 2005 die Steuer für Fossildiesel in der Landwirtschaft um zwanzig Cent pro Liter gesenkt. Prölls Diesel kommt aus Saudi Arabien und nicht von den heimischen Rapsfeldern. Der Steuerausfall beträgt fünfzig Millionen Euro pro Jahr. Der Schaden für die Biodiesel-Hersteller ist weit höher.

Gleich darauf wurde Pröll beim Schwindeln erwischt. Die künftige Beimischung biogener Treibstoffe würde „zu hundert Prozent aus einheimischer landwirtschaftlicher Produktion“ stammen. Auf grüne Nachfrage stellte sich heraus, dass der Großteil aus Russland und Rumänien kommen wird. Eine Garantie, dass damit nicht gentechnische Saaten unterstützt würden, kann der Umweltminister nicht geben.

Zum ersten Mal wurde Pröll dafür von der Agrarzeitung „Blick ins Land“ massiv angegriffen: *„Wen wundert es, dass sich da viele Landwirte wieder einmal verraten und verkauft fühlen - und das ´nachhaltig´.“* Der Kanzler war inzwischen in China. *„Geplant ist die Produktion von 250.000 Tonnen Biodiesel im Jahr, damit könnte Biolux den gesamten österreichischen Bedarf decken. Der Biodiesel wird in Waihei verschifft und kommt via Koper und Rotterdam nach Europa.“* Russland, Rumänien, China – alles Biodiesel, alles gentechnikfrei, alles Österreich, alles Pröll.

Die Spielbergverträglichkeitsprüfung

Der Umweltsenat stellt fest: „Das Projekt ´Motorsportzentrum Spielberg´ ist nicht umweltverträglich und wird daher abgewiesen.“ Die ÖVP antwortet: „Dann machen wir das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz spielbergverträglich! Wir entlassen die Rennstrecke aus

dem Gesetz.“ Nicht die Wirtschaft muss sich an Umweltgesetze halten, sondern die Umweltgesetze müssen sich an die Projekte anpassen.

Im Dezember 2004 hob der Umweltsenat in zweiter Instanz die Genehmigung für das Red Bull-Rennstrecke „Spielberg“ auf, die zuvor von der steirischen Landesregierung erteilt worden war. Gründe: Relevante Gutachten waren übergangen worden, das Projekt führt zu einer gesundheitsgefährdenden Feinstaubbelastung.

Die Regierung reagierte sofort. Im März 2005 kam der Antrag auf Änderung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes ins Parlament. Bestimmte Projekte wie Freizeit- und Vergnügungsparks, Sportstadien und Golfplätze sind nicht mehr UVP-pflichtig. Nachbarn und Bürgerinitiativen haben damit ihre Kontroll- und Mitspracherechte verloren. Red Bull verleiht nicht nur Flügel, sondern macht auch der ÖVP Beine.

UNGERECHT

Arbeitslos

Im Jahresdurchschnitt 2000 waren 194.000 Menschen arbeitslos, 15.500 in Pensionsvorschuss und 28.500 in Schulung – das sind insgesamt 238.000 Menschen.

Im Jahresdurchschnitt 2005 waren 252.650 Menschen arbeitslos, 21.500 im Pensionsvorschuss und 48.590 in Schulung – das sind insgesamt 322.740 Menschen. Die Arbeitslosigkeit ist seit der Wende um mehr als ein Drittel gestiegen. Das ist nicht nur Folge falscher Politik. Aber hauptsächlich. Seit eine wirksame aktive Arbeitsmarktpolitik aufgegeben worden ist und sich die Politik nur noch an der billigsten

Möglichkeit der statistischen Schönung orientiert, steigen die Zahlen steil an.

Im Wahljahr 2006 lässt das Wirtschaftsministerium eine Rekordzahl von Arbeitslosen in Schulungen verschwinden. 62.430 Menschen lernten im März 2006, Bewerbungen abzuschicken oder einfach in Kursen zu warten. Die Qualität der Schulungsmaßnahmen sinkt. Im Jahr 2005 wurden pro AMS-Förderfall nur noch 67 Prozent der Mittel des Jahres 2001 aufgewandt. Es geht nicht um Qualifikation, sondern um Statistik.

Von unten nach oben

Vom österreichischen Gesundheitssystem profitieren die Besserverdienenden überdurchschnittlich. Seit dem Jahr 2000 dürfen dafür die schlechter Verdienenden überdurchschnittlich zur Finanzierung beitragen: Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung; Erhöhung des Spitalkostenbeitrages; Erhöhung der Selbstbehalte bei Sehbehelfen; Erhöhung der Rezeptgebühr. Das Ziel lautet: 300 Millionen Euro zahlen die, die es kaum haben. 435 Millionen würde die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage auf 5000 Euro bringen. Aber die ÖVP weigerte sich, die höchsten Einkommen mit mehr als 90 Euro zusätzlich zu belasten – wer hat, dem soll auch nicht genommen werden. *„Wir haben in den letzten Tagen intensiv über die Reformmaßnahmen und wichtigen Weichenstellungen für die nächsten vier Jahre verhandelt. Es geht dabei um sehr viel Geld, das sozial gerecht verteilt werden soll.“* Wer den Schaden hat, bekommt auch noch den Spott des Kanzlers.

Armut

13 Prozent aller Menschen in Österreich sind armutsgefährdet. 1.044.000 Menschen leben in Österreich von einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Sie müssen mit weniger als 800 Euro

im Monat auskommen. 113 000 Kinder und Jugendliche sind arm. Ihre Eltern sind zugewandert, erwerbslos, alleinerziehend oder haben Jobs, von denen sie nicht leben können. Sie haben ein geringes Einkommen weit unter dem Schwellenwert von 848 Euro. Sie können abgetragene Kleidung nicht ersetzen, die Wohnung nicht angemessen warm halten, keine unerwarteten Ausgaben tätigen. Eltern und Kinder weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, sind oft chronisch krank, leben häufig in feuchten, schimmlichen Wohnungen. Auch Wolfgang Schüssel kann 113 000 Kinder und Jugendliche nicht für ihr Schicksal verantwortlich machen. Ihre Zahl ist unter der ÖVP-Regierung drastisch gestiegen.

Rund 221.000 Menschen in Österreich gehen einer Vollzeitberufstätigkeit nach und erreichen dennoch kein existenzsicherndes Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle.

Familien mit drei und mehr Kindern, bei denen die Frau nicht erwerbstätig ist, haben eine Armutsgefährdung von 31 Prozent, bei zwei Kindern liegt die Gefährdung bei 24 Prozent.

Die Armutsgefährdung ist bei EinwanderInnen mit 27 Prozent und bei eingebürgerten ÖsterreicherInnen mit 26 Prozent doppelt so hoch wie die durchschnittliche hohe Rate von 13 Prozent. Auch hier ist die Armut unter der ÖVP-Regierung gewachsen: bei Nicht EU-BürgerInnen von 21,5 auf 27 Prozent.

Schwarz-arbeit

Die Fakten sind bekannt: Menschen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind auf Grund der „Übergangsfristen“ vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Viele versuchen trotzdem nach Möglichkeiten, legal in Österreich zu arbeiten. Etliche arbeiten als Scheinselbständige zu

Löhnen weit unter kollektivvertraglichen Mindesttarifen. Andere landen bei SchwarzarbeitgeberInnen.

Die ÖVP kennt das Problem – und blockiert alle wirkungsvollen Maßnahmen zur Verhinderung von Schwarzarbeit:

1. Seit Jahren fordern Gewerkschaften, aber auch Teile der Wirtschaft (z.B. die Innung des Baugewerbes) die sofortige Anmeldung von Beschäftigten bei Arbeitsantritt. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass Anmeldefristen dazu genutzt werden können, um Schwarzbeschäftigung zu verschleiern. Technisch stellt die sofortige Anmeldung kein Problem dar und könnte dank E-Card unbürokratisch von jeder Baustelle aus erledigt werden.

2. SchwarzunternehmerInnen drohen nach wie vor meist nur Bagatelstrafen. Die ÖVP ist nicht bereit, SchwarzunternehmerInnen die Gewerbeberechtigung entziehen zu lassen.

3. Die Kontrolleinheiten der KIAB werden ab Juli 2006 auf 42 Finanzämter zersplittert. Das ist das Ende von Schwerpunktaktionen. Die Großen sind damit in Sicherheit.

4. Wer Schwarzarbeit verhindern will, muss legale Arbeit zulassen. Die Verkürzung der Übergangsfristen hilft entscheidend gegen Schwarzarbeit.

Mit ihrer Politik der Duldung der Schwarzarbeit schädigt die ÖVP den Arbeitsmarkt und alle UnternehmerInnen, die sich an die Gesetze halten.

Falsch gesteuert

Die ÖVP-dominierte Regierung beschließt am 11.Juni 2003 den ersten Teil, am 6. Mai 2004 den zweiten Teil ihrer Steuerreform. Die Reform

hat ein Volumen von jährlich insgesamt 3 Milliarden Euro. Finanzminister Grasser rühmt sich, mit der größten Steuerreform der 2. Republik eine Entlastung für alle zustande gebracht zu haben.

Von der großen Steuerreform bekommen 2,3 Millionen Personen nichts zu spüren. Im Gegenteil: Diese Personen, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens zuvor schon keine Steuern gezahlt haben, werden nicht entlastet. Sie müssen aber alle Abgaben- und Steuererhöhungen so wie sonstige Mehrbelastungen von Schwarz-Blau I und Schwarz-Blau II voll mittragen.

Die Steuerreform kommt hauptsächlich großen Unternehmen und Konzernen zugute. Die Senkung des Körperschaftssteuersatzes von 34 auf 25 Prozent macht 1,1 Milliarden Euro aus. Die grenzüberschreitende Gruppenbesteuerung lässt die Gegenverrechnung von Verlusten ausländischer Töchter mit heimischen Gewinnen generös zu. Im Inland führt dies laut Experten zu fast 200 Millionen Euro an Steuerverlusten.

Den drei großen Fragen der Steuerpolitik weicht die ÖVP aus: Wie werden die Lohnnebenkosten gesenkt? Wie wird Energieverschwendung besteuert? Und wie reagiert das Steuersystem auf grenzüberschreitende Finanzspekulationen? Der große Wurf hat der eigenen Klientel gegolten.

„Die Zahlungen der IV für die Homepage von FM KHG waren eine gute Investition. Man wollte damit Grasser in seinem Bemühen um einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik unterstützen... Wir stellen Personal zur Verfügung. Das ist ja eine viel modernere Form, politisches Lobbying zu machen.“ Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung weiß, wie man Politik fördern kann.

Bildung

Der Weg aus der Armutsfalle führt über Bildung. Jeder Euro in Bildung ist ein Euro für Sicherheit. Wer heute bei Bildung spart, muss morgen ein Vielfaches für soziale Hilfen und polizeiliche Sicherheit ausgeben. Genau hier beginnt das falsche Sparen der ÖVP.

PISA

„22 der 33 Vorschläge der Zukunftskommission sind schon umgesetzt.“ Das verkündete die Unterrichtsministerin. Günther Haider, der Vorsitzende der Kommission, wies sie zurecht: *„Das ist reine Fiktion. Im ersten Schulpaket war eine einzige Maßnahme der Zukunftskommission enthalten, nämlich die Tagesbetreuung - und die ist genau nicht so gemacht worden, wie wir vorgeschlagen haben. Es gibt keine regionale Koordination und kein Recht auf Betreuung - sondern erst die Möglichkeit ab 15 Kindern. Und im zweiten Schulpaket ist nur unser Vorschlag von der Unterrichtsgarantie enthalten - und die ist in der Praxis noch nicht vorbereitet.“*

Die Zukunftskommission hat im April 2005 einen Bericht mit 33 Qualitäts- und Reformmaßnahmen für Österreichs Schulen vorgelegt. Ziel war es, Lösungen für die von PISA aufgezeigten Probleme des österreichischen Schulwesens zu finden. Die Kommission hat in vielen Bereichen gut gearbeitet. Die Ministerin hätte die Vorschläge nur umsetzen müssen. Aber sie ist dazu nicht bereit.

Der Großteil der Vorschläge ist bis heute unerledigt. Wichtige Ideen wie etwa die Einschränkung des Sitzenbleibens oder das Kurssystem in der Oberstufe wurden nicht umgesetzt. Es gibt keinen Euro mehr für individuelle Förderung. Schwächere bekommen keine Chance - es bleibt auch weiter bei der frühen Selektion im Schulsystem. Der

Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung wird verweigert. Die Ministerin hat die Kommission eingesetzt – und zu allen wichtigen Vorschlägen Nein gesagt.

Die meisten haben schon vergessen: Bei PISA 2000 lag Österreich noch im vorderen Mittelfeld. Im Jahr darauf ließ sich die Ministerin auf einem Plakat zitieren: *„In Europa zu den ersten fünf zu gehören und weltweit zum obersten Drittel, zeigt, dass die österreichische Bildungspolitik Rahmenbedingungen geschaffen hat, die gute schulische Leistungen fördern. (...) Jetzt kommt es darauf an, sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, damit wir beim nächsten PISA-Vergleich von einem der besten Plätze Europas zur Weltklasse aufrücken.“* Seit die ÖVP Kanzler und Unterrichtsministerin stellt, ist Österreich abgestürzt. Österreichs Bildungssystem bleibt so schief wie der Turm von Pisa.

Die Guten ins Töpfchen...

Die frühzeitige Trennung in Hauptschule und AHS-Unterstufe bewirkt, dass in Österreich nicht die tatsächlichen schulischen Leistungen, sondern Einkommen und Bildungsstand der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheiden. Das zeigt PISA. In Schulsystemen, die mehrere Schultypen anbieten, liegt das Leistungsniveau aller SchülerInnen deutlich niedriger als dort, wo in der gemeinsamen Schule jedem ein differenziertes Angebot gemacht werden kann. Andere Studien zeigen, dass die Kluft zwischen den Besten und den Schwächsten umso größer ist, je mehr verschiedene Schultypen es gibt.

Der ÖVP ist das egal. Nur die „Guten“ kommen ins Töpfchen. Die „Besseren“ sollen unter sich bleiben, so, wie man das früher gewohnt war. Herkunft entscheidet auch weiter über Zukunft.

Integrationslehrer

„Nein. Seit 1999 ist die Zahl der Begleitlehrer um 40 Prozent gesunken - bei gleich bleibender Zahl der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache. Das trifft die Gruppe, die bereits hier wohnt und sozial am unteren Skaleneende ist, am härtesten.“ Der Integrationsschulinspektor kann auf die Frage, ob genug BegleitlehrerInnen zur Verfügung stünden, nur mit Nein antworten. In Wien fehlen 168, in Kärnten mehr als die Hälfte der siebzig dringend benötigten LehrerInnen.

Damit schafft die ÖVP neben einem Bildungsproblem ein Sicherheitsproblem. 28 Prozent der Kinder mit türkischen Eltern sind mit 15 Jahren weder in Ausbildung noch in Arbeit. Bei Kindern mit Eltern aus dem früheren Jugoslawien sind es zwölf Prozent, mit österreichischen Eltern nur rund sechs Prozent. Jugendliche, die weder lernen noch arbeiten, landen auf der Straße. Wenn eine integrative Bildungspolitik nicht rechtzeitig vorbeugt, sind viele von ihnen später Fälle für Gericht und Polizei. Wer nicht integrieren will, schafft Unsicherheit. Die Bildungspolitik der ÖVP gefährdet die öffentliche Sicherheit.

„Bacc. Päd.“

„Bacc. Päd.“ – das ist bereits die gesamte Reform der LehrerInnenausbildung. *„Hier kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, dass es sich um einen Etikettenschwindel handelt. Die Akademien bekommen eben einen neuen Namen, und alle dreijährigen Studien werden Bakkalaureat-Studien - aber es wird kein Anschluss zum Masterstudium möglich, wie wir gefordert haben: Mit dem Titel ‘Bacc. Päd.’ kann man an der Uni nichts anfangen.“* Das stellte Günter Haider nach der gescheiterten Reform fest.

Nach der Reform bleibt es dabei:

Aus rein ideologischen Gründen darf es keine gemeinsame Grundausbildung für alle pädagogischen Berufe geben. Ob HauptschullehrerInnen bei sinkenden SchülerInnenzahlen noch einen Arbeitsplatz bekommen werden, interessiert die Ministerin nicht.

Mit einer Länge der PflichtschullehrerInnenausbildung von drei Jahren bleibt Österreich das absolute Schlusslicht in Europa.

Die Pädagogischen Hochschulen bleiben weiterhin von den Universitäten abgeschnitten.

Alle wissen, dass die Reform zum Scheitern verurteilt ist. Aber im Katalog der Zielgruppen stehen die LehrerInnen für die ÖVP schon lange weit unten. Der ÖVP-Abgeordnete Günter Stummvoll machte es klar: *„Liebe Kollegen von der grünen Fraktion: Bildungspolitik ist **nicht** Lehrbeschäftigungspolitik!“*

Kaputt sparen

Die OECD stellt fest: *„Der Anstieg der Ausgaben für Bildungseinrichtungen zwischen 1995 und 2002 blieb tendenziell in ungefähr der Hälfte der 21 OECD-Länder mit verfügbaren Daten hinter dem Wachstum des Volkseinkommens zurück. Die größten Unterschiede waren in Irland, Österreich, der Slowakischen Republik, Spanien und der Tschechischen Republik zu beobachten, wo der für Bildungsausgaben verwendete Anteil des BIP zwischen 1995 und 2002 um mindestens 0,4 Prozentpunkte sank.“* Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP sinkt seit 2000 ständig. *„Was wir brauchen sind rasche, klare Schritte zu einer Modernisierung des Schulwesens und der Universitäten. Doch was passiert? An den Schulen wird gespart, die Lehrer werden weniger, die Förderung wird weniger, an den Unis wird uns das Geld gestrichen (...) das läuft in*

die komplett falsche Richtung.“ Günter Haider, der Leiter der Zukunftskommission, warnt. Aber die ÖVP ist längst taub.

Österreichs Pflichtschulen brauchen zumindest gleich viel LehrerInnen wie bisher. Trotzdem wurden allein im Schuljahr 2005/06 rund 600 Dienstposten gekürzt. Bis zum Jahr 2010/2011 droht 12.500 LehrerInnen die Arbeitslosigkeit – so vielen, wie es heute insgesamt LehrerInnen in der Steiermark und im Burgenland gibt. Sie werden gebraucht – aber sie werden weggespart. Das Geld für die Zukunft hat die ÖVP längst wo anders ausgegeben.

VORGESTRIG

Frauen

Die Regierung spricht für sich selbst:

„Für uns ist Frauenpolitik ein breiter politischer Gestaltungsauftrag und fällt damit in die Zuständigkeit von allen Ressorts.“ Regierungsprogramm, Februar 2000

„Da bin ich ehrlich überfragt, für wen das genau gilt. Da haben Sie mich jetzt am falschen Fuß erwischt.“ (auf die Frage, was sie davon hielte, das Gleichbehandlungsgesetz auf die Privatwirtschaft auszudehnen)
BM Elisabeth Sickl, März 2000

„Ich halte diese Quoten für nicht sinnvoll. Wenn die Frau gleich behandelt werden will, muss sie auch die gleiche Leistung erbringen.“ BM Elisabeth Sickl, März 2000

„Was ist das größte Bedürfnis der Frauen überhaupt? Wenn sie wollen, wieder länger bei ihrem Kind sein zu dürfen. Das ist sicherlich DER Renner.“ ÖVP-Abgeordnete Rosemarie Bauer, April 2000

„Die Frauen mögen doch die Karenz für die Fortbildung nützen, so wie meine vorbildhafte Schwester, die nicht nur vier Kinder hat, sondern auch sechs Sprachen fließend spricht, die sie zum Teil in der Mütterkarenz gelernt hat.“ Frauenminister Herbert Haupt, 2000

„Mann´ kann kein Diskriminierungsgrund sein.“ Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Oktober 2000

„Wir werden der Frauenpolitik eine neue Orientierung geben, denn Frauen haben Lust am Frau sein. Frauenpolitik muss aufhören, Frauen ständig als Sozialfälle zu sehen. Dieses ewige Gejammere der linken Frauen habe ich satt.“ Maria Rauch-Kallat, Jänner 2001

„Auch Männer haben Probleme, ob mit Alkohol, in der Partnerschaft oder mit Gewalt.“ FPÖ-Frauensprecherin Ursula Haubner rechtfertigt die Einrichtung der Männerabteilung durch Frauenminister Herbert Haupt, Februar 2001

„So manche jugendliche Oma ist besser geeignet als eine qualifizierte Kindergärtnerin, die Punkt fünf Uhr den Schreibtisch verlässt, ohne sich darum zu kümmern ob Kinder wegen eines Verkehrsstaus vielleicht zehn Minuten später abgeholt werden. Ich frage mich bei der Diskussion über die Qualität der Kindererziehung, wie wir über alle die Jahrhunderte überlebt haben, als es das Kindergartenwesen noch nicht gab.“ Frauenminister Herbert Haupt, Oktober 2001

„Jede Stimme ist wichtig, auch wenn´s die einer Frau ist.“ Staatssekretär Alfred Finz, November 2002

„Frauen müssen lernen, sich besser zu vermarkten.“ BM Maria Rauch-Kallat, April 2003

„Von Natur aus ist die Frau emotional und physisch dazu ausgerüstet, Kinder Monate vor der Geburt und Jahre danach als primäre und dominante Beziehung zu betreuen. Dieser angeborene Impuls kann sich auch auf erweiterte Pflege und Hilfe über die Kinderjahre und die eigenen Kinder hinaus übertragen (...) Auch spricht die universelle Verbreitung von kämpferischen und kooperativen Männergemeinschaften in allen Kulturen dafür, dass der genetisch-hormonelle Trieb zu Dominanz und Einordnung, zu Führung und Kumpanei Männern stärker zu eigen ist als Frauen.“ Männerratgeber, herausgegeben von der Männerabteilung des Sozialministeriums 2005

„Noch nie hat eine Regierung so viel getan für die Frauen wie diese.“
Abg. Helene Partik-Pablé, März 2006

Schon lange hat eine Regierung Frauen nicht mehr so viel angetan wie diese. Das sind die Fakten:

- + 25,6 Prozent der Familien sind Alleinerziehenden-Familien. Fast alle Alleinerziehenden sind Frauen. Die Armutsgefährdung von Alleinerzieherinnenfamilien hat sich massiv erhöht: Laut Sozialbericht 2003/2004 ist mit einem Anteil von 31 Prozent fast jede dritte Alleinerziehende armutsgefährdet. Laut Sozialbericht 2001/2002 waren das nur 16,7 Prozent. Seit der ÖVP-Wende hat sich die Armutsgefährdung von Alleinerzieherinnen verdoppelt. Ebenso hat sich der Anteil der armutsgefährdeten erwerbstätigen Alleinerziehenden verdoppelt - von 14 auf 28 Prozent.
- + Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte. Familien, in denen das jüngste Kind unter sechs

Jahren ist, sind stärker von Armut gefährdet als Haushalte mit Kindern ab sieben Jahren, weil zu diesem Zeitpunkt die Mütter wieder länger erwerbstätig sind. Das Kindergeld hält Frauen vom Arbeitsmarkt ab. Obwohl es kurzfristig Not lindern kann, hat das Kindergeld damit die Armutsgefährdung erhöht.

Gefördert wird, was gefällt. Im Bereich der Frauenpolitik gefällt der Regierung besonders wenig.

Bereits unter Schüssel I wurde kritischen Frauenorganisationen wie dem UFF (Unabhängiges Frauen Forum) oder der Zeitschrift an.schläge die Förderungen seitens des Bundes komplett gestrichen. Diese Organisationen mussten daraufhin ihre Arbeit einstellen oder sich andere Finanzierungsquellen suchen.

Im Jahr 2003 wurde Maria Rauch-Kallat Frauenministerin. Regionalen Beratungsstellen wie dem Verein „Frauen helfen Frauen Osttirol“, dem Verein „Frauenservice Graz“ oder „Frauen helfen Frauen Mistelbach“ wurden die Förderungen gestrichen.

Aber es geht nicht nur gegen autonome kritische Frauenorganisationen. Die Polizei überweist Opfer familiärer Gewalt an die Interventionsstellen gegen Gewalt zur rechtlichen Information und weiteren Begleitung und Betreuung. So bestimmt es das Sicherheitspolizeigesetz. Trotzdem werden die Gelder für die Interventionsstellen gekürzt. Die Wiener Interventionsstelle ist von den finanziellen Engpässen besonders betroffen. Die finanziellen Mittel wurden von 2003 auf 2004 um fünf Prozent gekürzt. Die Zahl der Polizeizuweisungen stieg im gleichen Zeitraum von 2.178 auf 2.479. Der Wiener Interventionsstelle blieb Mitte 2004 nichts über als die Arbeit in einigen Bezirken einzustellen.

Die Frauen von LEFÖ organisieren Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen. Als einzige kümmern sie sich österreichweit um Betroffene des Frauenhandels. Auch sie werden finanziell ausgehungert. Frauen bekommen immer weniger, weil die Regierung eine Gruppe entdeckt hat, die dringender Hilfe braucht: die Männer. Von 2003 bis 2005 gaben das Frauen- und das Sozialministeriums insgesamt fünf frauenspezifische Publikationen heraus. Männern widmeten sie bereits acht. „Allianz mit den Vätern“ – das ist erst dann gut gemeint, wenn die Allianz mit den Frauen auf einer sicheren Basis steht.

Lesben, Schwule

„Wir haben nichts gegen Homosexualität, die sexuelle Orientierung ist keine politisch relevante Frage.“ (Andreas Khol, ÖVP)

„Wir wollen nichts tun, das Ehe und Familie mit anderen auf eine vergleichbare Ebene stellt, weil es die nicht gibt.“ (Andreas Khol, ÖVP)

“Homosexuelle Paare entsprechen nicht der Natur des Menschen, weil sie keine Kinder kriegen können. Warum soll der Staat etwas fördern, was nichts bringt?“ (Vinzenz Lichtenstein, ÖVP)

„Es gibt ein Naturrecht der Kinder auf Vater und Mutter, eine Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare kommt nicht in Frage.“ (Andreas Khol, ÖVP)

Die Grünen haben Alternativen entwickelt. Sie schlagen die Gleichstellung in der Lebensgemeinschaft, den Zivilpakt und die Öffnung der Ehe vor. Die ÖVP ist dagegen.

Justizministerin Karin Gastinger hat es versucht. Sie schlägt zumindest eine eingetragene Partnerschaft vor. Die ÖVP ist dagegen. Auch gegen die kleine Reform der Ministerin.

AUSSER KONTROLLE

Ausgliedern

Seit dem Jahr 2000 wurden 21 Dienststellen des Bundes ausgegliedert: Statistik Austria, Albertina, Belvedere, Museum für angewandte Kunst, Technisches Museum Wien, Bundesimmobiliengesellschaft, Völkerkunde- und Österreichisches Theatermuseum, Mediathek, Spanische Hofreitschule, Bundesbeschaffungs Gesellschaft, Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds, Finanzmarktaufsichtsbehörde, Museum moderner Kunst, Nationalbibliothek, Österreichischer Bibliothekenverbund, Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, Naturhistorisches Museum, Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit, Buchhaltungsagentur, Familie und Beruf GmbH und Bundesamt und Forschungszentrum für Wald.

Die offizielle Begründung lautete: Flexibilität, projektorientierte Organisationsformen, eigenständige betriebswirtschaftliche Einheiten mit Globalbudgets und mehr Eigenverantwortung. Das ist in vielen Fällen vernünftig.

Der ÖVP missbraucht das aber für drei weitere Ziele. Zum ersten sollten Dienststellen und deren Schulden aus dem Budget verschwinden. Im Jahr 2003 wurde das Budget des Gesamtstaates durch Ausgliederungen um insgesamt 1,3 Milliarden Euro - 0,6 Prozent des BIP - verfälscht.

Das zweite Ziel fassten die Salzburger Nachrichten zusammen: *„Das Ende der Kontrolle im Hohen Haus - Ausgliederungen führen zur Aushöhlung des parlamentarischen Kontrollrechts“*. Die Betriebe werden nach wie vor durch die öffentliche Hand finanziert. Das Parlament darf sie aber nicht mehr kontrollieren. Der Rechnungshof ergänzte den Be-

fund: „Beschränkung der parlamentarischen Willensbildung, Durchbrechung der Vollständigkeit des Budgets und in der Regel Beschneidung der Prüfungszuständigkeit der Volksanwaltschaft“.

Das dritte Ziel wird bis zum Wahltag verfolgt. Noch immer gibt es verdiente ParteigängerInnen, die noch nicht untergebracht sind. Dafür müssen Gesellschaften gegründet, Vorstände vergrößert und die Falschen durch die Richtigen ersetzt werden.

Ignorieren

Im Jahr 2005 erhob der Rechnungshof gegen das Kunsthistorische Museum und seinen Direktor Wilfried Seipel schwerwiegende Vorwürfe: mangelhafte Buchhaltung und Bilanzierung, nicht genehmigte Ausstellungen in Japan, Überweisungen auf das Konto des „Vereins der Museumsfreunde“ anstatt auf jenes des Museums, explodierende Personalkosten, Ankäufe des Privatmannes Seipel beim Museumsdirektor Seipel, unzureichende Belege für Spesen, unverschämte Repräsentationskosten, der Verkauf seines Privatautos an das Museum, die Steigerung seines Geschäftsführerzuschlages um 250 Prozent oder eine vom Museum ausgerichtete Geburtstagsfeier für Kunststaatssekretär Franz Morak. Seipel tat alles, um dem Rechnungshof die Arbeit zu erschweren. Die Buchhaltung war besser geschützt als die Saliera.

Aber schwarze Freundschaften sind durch nichts zu erschüttern. Ministerin Gehrer hält an Seipel fest: „Das Museum ist ein Bollwerk.“ Das letzte Aufgebot der schwarzen Kulturpolitik hat sich gegen Rechnungshof, Nationalrat und Medien fest eingebunkert.

Immer öfter wird die Kritik des Rechnungshofs immer schärfer. Die ÖVP dreht sich einfach weg. Was stört, wird ignoriert. Wenn die Opposition Auskunftspersonen zu Rechnungshofberichten ins Parlament laden will, sitzt die Regierungsmehrheit alles aus. Im Nationalrat darf man nicht einmal mehr fragen...

IN SCHLECHTER VERFASSUNG

Am 13.12. 2001 hat der Verfassungsgerichtshof die Ortstafelregelung im Volksgruppengesetz aufgehoben, wonach zweisprachige Bezeichnungen nur in Ortschaften mit mehr als 25 Prozent Volksgruppenangehörigen anzubringen sind. Nach Ansicht des Verfassungsgerichtshofes reicht ein Minderheitenanteil von mehr als 10 Prozent. Landeshauptmann Haider sieht dieses Erkenntnis als „vorverlegten Faschingsscherz“. Schüssel setzte von Anfang an auf Zeit. Er müsse zunächst das Urteil lesen, es brauche einen breiten Konsens aller Beteiligten... Jahrelang wurden „Konsenskonferenzen“ abgehalten. Endlich einigten sich alle auf 158 zweisprachige Ortstafeln – bis der Kärntner Abwehrkämpferbund den Konsens aufkündigte.

Auf der einen Seite steht die Verfassung, auf der anderen Seite eine kleine Gruppe Rechtsextremer. Hinter der Verfassung und dem Konsens stehen Slowenen und Kärntner Heimatdienst. Hinter den Abwehrkämpfern steht Jörg Haider.

Die Bundesregierung hätte längst mittels Verordnung festlegen müssen, in welchen Ortschaften zweisprachige Ortstafeln aufzustellen sind. Im Dezember 2005 bestätigt der Verfassungsgerichtshof sein Erkenntnis von 2001. Haider reißt daraufhin die Bleiburger Orttafel aus und stellt sie um einige Meter versetzt einsprachig auf. Schweigend duldet der Kanzler den Verfassungsbruch. Später versucht er, die Schuld auf den Bezirkshauptmann, der sich als einziger an die Verfassung hielt, zu schieben. Nationalratspräsident Khol stellt sich hinter Haider: *„Er verletze ja keine Rechtspflicht“*.

Der Bundeskanzler tolerierte den Verfassungsbruch und die Verhöhnung des Verfassungsgerichtshofs. Damit hat er den Rechtsstaat schwer beschädigt und Österreich im Ausland der Lächerlichkeit preisgegeben.

Bis zur Wende im Jahr 2000 war die bewusste Verletzung der Verfassung die Ausnahme. Heute ist sie die Regel. Wolfgang Schüssel regiert mit dem kalkulierten Angriff auf die Verfassung. Die ÖVP verfügte von Anfang an mit der FPÖ über keine Verfassungsmehrheit. Seit der Wende probiert die Kanzlerpartei, was die Verfassung aushält.

Unter Schüssel als Kanzler hat die Regierung immer wieder versucht, mit einfachen Mehrheiten verfassungsrechtliche bedenkliche Gesetze durchzudrücken. 21 mal hat der Verfassungsgerichtshof ÖVP-Gesetze und Bestimmungen aufgehoben. Zumindest acht mal hat der Verfassungsgerichtshof die ÖVP gehindert, ihren politischen Willen gegen die Verfassung durchzusetzen.

2002

Unfallrentenbesteuerung: Die ÖVP wollte die Einkommen der Unfallrentner drastisch kürzen. Der VfGH hob das Gesetz wegen fehlender Übergangsbestimmungen auf. Die Besteuerung habe „*bei einem nicht unerheblichen Teil der Betroffenen zu einer plötzliche eintretenden Einbuße des Nettoeinkommens*“ von bis zu 25 Prozent geführt. Auch der später geschaffene Härteausgleich ändere daran nichts, so der VfGH.

2003

Struktur des Hauptverbandes der Sozialversicherungen: Durch die „Lex Sallmutter“ aus 2001 wurden Unvereinbarkeitsregelungen geschaffen, die Spitzenfunktionäre der Kammern und Gewerkschaften von führenden Positionen im Hauptverband ausschloss. In diesem Gesetz war so gut wie alles verfassungswidrig: Konstruktion der Spitzengremien, Ausschluss von führenden Kammer- und Gewerkschaftsfunktionären aus dem Verwaltungsrat, Kompetenz der neu geschaffenen Organe. Der VfGH stellte fest: Die neue Struktur des Hauptverbandes, mit der die ÖVP die Gewerkschaften entmachten

wollte, war verfassungswidrig – die Konstruktion des Verwaltungsrats und der Geschäftsführung ebenso wie der Ausschluss von leitenden Gewerkschaftsfunktionären aus dem Verwaltungsrat.

Pensionsreform 2000: Die ÖVP wollte die Pensionen der Hinterbliebenen kürzen. Der VfGH stellte fest: Die Kürzung der Hinterbliebenenpensionen war verfassungswidrig.

2004

Zivildienstgesetz 2001: Die ÖVP wollte die Zivildienstverwaltung ausgliedern und jeder Kontrolle entziehen. Der VfGH stellte fest: Die Ausgliederung der Zivildienstverwaltung war verfassungswidrig. Innenminister Strasser erteilte dem Höchstgericht eine Zensur: *„Was Recht ist, muss nicht immer gut sein“*.

Asylgesetz-Novelle 2003: Die ÖVP wollte, dass AsylwerberInnen im Berufungsverfahren keine neuen Gründe und Argumente für Ihre Flucht vorbringen dürfen. Damit hätten noch mehr „berechtigte“ AsylwerberInnen abgewiesen werden können, da Flüchtlinge aus verständlichen Gründen nicht in der Lage sind, sofort alle Tatsachen und Argumente darzulegen. Der VfGH stellte fest: Das Neuerungsverbot – das Verbot, in der zweiten Aussage neue Argumente vorzubringen – und die sofortige Verhängung der Schubhaft nach abgewiesenen Asylantrag waren verfassungswidrig.

Militärbefugnisgesetz 2000: Die ÖVP wollte Festnahmen auf Verdacht und möglichst unkontrollierte Überwachung durch das militärische Abwehramt. Der VfGH stellte fest:

Die Festnahmebefugnis militärischer Organe;
die weitere Behandlung festgenommener Personen;
die Befugnis zur Observation, verdeckten Ermittlung und zur Datenermittlung mit Bild- und Tonbandaufzeichnungsgeräten für Zwecke der

nachrichtendienstlichen Aufklärung;
und die Stellung des Rechtsschutzbeauftragten waren verfassungswidrig.

Beamten-Dienstrechtsgesetz: Die ÖVP wollte dem Innenminister freie Hand bei der Versetzung unliebsamer Beamter geben. Der VfGH stellte fest: Die Regelung zur Versetzung von Beamten in den Ruhestand war verfassungswidrig.

2005

Verpflegung von Zivildienern: Die ÖVP wollte den Zivildienst unattraktiv machen und setzte dazu das Verpflegungsgeld unter dem Existenzminimum an. Der VfGH stellte fest: Sechs Euro täglich an Verpflegungsgeld für Zivildienner war „deutlich“ zu wenig und daher verfassungswidrig.

Im Gegensatz zu Jörg Haider respektiert die ÖVP nach wie vor die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs. Aber im Gegensatz zu früheren Regierungen nimmt sie in der Gesetzgebung ohne Bedenken Verfassungswidrigkeiten in Kauf. Verfassung ist für Wolfgang Schüssel das, was man nach politischem Bedarf ausprobiert. Schüssel weiß, dass der erfolgreiche Angriff auf die Verfassung sanktionslos bleibt. Seit Wolfgang Schüssel Kanzler ist, ist Österreich ein Rechtsstaat mit doppeltem Vorbehalt. Der erste Vorbehalt heißt „Jörg Haider.“ Der zweite heißt „ÖVP“.

VERSCHWENDUNG

4,7 Milliarden für die Luft

„Was die angesprochene Haftungsbeschränkung betrifft, so muss ich Sie wiederum korrigieren - da sollten Sie einfach die Vertragstexte genauer studieren.“ Das empfahl Bundeskanzler Schüssel am 27. April 2005 der Opposition im Nationalrat. Nur: Bis heute wird der Eurofighter-Vertrag von Schüssel, Platter und Grasser geheim gehalten. Alle drei sind bereit, dafür die verfassungsmäßigen Rechte des Nationalrats zu ignorieren. Der Vertrag darf um keinen Preis veröffentlicht werden.

Die Regierung hat viele Gründe, den Vertrag zu verbergen. Das Geschäft ist die teuerste Beschaffung der Zweiten Republik. Und es stinkt.

Grund 1: die Kosten. Zwei Milliarden Euro gibt die Regierung an Kosten zu. Der größere Teil wird verheimlicht. Mit den erhöhten Betriebskosten, der Zwischenlösung und dem Systemaufwand werden die 18 Kampfbomber 4,7 Milliarden Euro kosten. Warum verpflichtet sich die Regierung zu einem Milliardenkauf, den sich künftige Regierungen nicht leisten können?

Grund 2: der Nutzen. Die Eurofighter sollen Luftraumverletzungen mit Fotos dokumentieren und fremde Flugzeuge zum Abdrehen auffordern. Das ist alles. Aber die Regierung hat den modernsten Kampfbomber Europas bestellt. Warum kauft die Regierung ein Flugzeug, das Österreich mit Sicherheit nicht braucht?

Grund 3: die Entscheidung. Nur durch die Intervention des Finanzministers konnte die teuerste Type durchgesetzt werden. Aber warum

hat die gesamte Regierung der teuersten Variante einer fragwürdigen Beschaffung zugestimmt?

Grund 4: die Verheimlichung. Dutzende Male ist dem Parlament die Wahrheit vorenthalten worden. Die Bundesverfassung verpflichtet den Verteidigungsminister, dem Nationalrat die wichtigsten Teile des Vertrags offen zu legen. Der Minister weigert sich. Warum ignoriert der Minister die Verfassung und warum unterstützt ihn der Nationalratspräsident dabei? Was hat die ÖVP zu verbergen?

Seit Jahren wäscht die Industriellenvereinigung Firmenspenden für die ÖVP. *„Ja, das gibt es auch, dass Mitglieder uns ersuchen, eine Geldspende anzunehmen, damit wir sie an eine Partei weitergeben“*, bestätigte Lorenz Fritz als Generalsekretär der Industriellenvereinigung öffentlich. Fritz erklärt, warum Firmen wollen, dass Spenden für eine Partei gewaschen werden: *„Sie tun das, weil sie einen Politiker nicht in eine Situation wie jene von Ex-Kanzler Helmut Kohl in Deutschland bringen wollen: nämlich Namen zu nennen“*. Die Partei ist meist die ÖVP. Bis heute weigert sich die ÖVP, diese Spenden offen zu legen und damit eine Frage zu beantworten: Hat die ÖVP im Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung Geld erhalten?

Die Zahlungen für die Eurofighter sind jedenfalls geheim so vereinbart worden, dass vor der Nationalratswahl nichts zu zahlen ist – und die nächste Regierung im Jahr 2007 mit einer doppelten Rate starten muss. Wenn die nächste Regierung im Jahr 2007 mit den Eurofighter-Zahlungen beginnt, muss sie das Geld aus dem Budget nehmen. Sie hat die Wahl: Bildung, Pensionen, Gesundheit, Infrastruktur...

Verschleuderte Immobilien

2004 wurden die Wohnbaugesellschaften WBG, BUWOG, WAG, ESG Villach und EBS Linz privatisiert. Sie hatten zwischen 2001 und 2003 fürs Budget jährliche Dividenden von 187 Millionen Euro erbracht. Statt des erwarteten 2,3 Milliarden-Erlöses gingen die 65.000 Wohnungen um weniger als die Hälfte – um rund eine Milliarde Euro – an die privaten Käufer. Unter Einbezug der Schuldenübernahme von ausstehenden Wohnbaudarlehen (1,44 Milliarden) ergab sich ein Schnäppchenpreis von 40.000 Euro pro Wohnung. Von den MieterInnen verlangte man vorher jedoch mindestens doppelt so hohe – nämlich marktübliche – Kaufpreise. Fünf Millionen Quadratmeter unbebauter Grundstücke, 400 Gewerbeimmobilien und 23.000 Parkplätze gab es für die privaten Investoren (Immofinanz, Wiener Städtische, Realtreuhand/Raiffeisen, Hypo OÖ, OÖ Versicherung) als Draufgabe. Die Wohnungen wurden verschleudert. Käuferfirmen und Berater machten gute Geschäfte und waren dem Finanzminister dankbar.

Schlecht beraten

Seit Wolfgang Schüssel Kanzler ist, brauchen seine Regierungsglieder ständig teuren Rat. Seit dem Jahr 2000 werden Berater in völlig neuem Ausmaß beauftragt. Sie beraten auch für ureigenste Bundeskompetenzen: zur Umgestaltung des Hauptverbandes der Sozialversicherungen, zu Vergabeverfahren, zur Formulierung von Gesetzestexten. Die Beratungsfreude hat auf Unternehmen des Bundes über gegriffen. So beschäftigt die ÖBB Berater, die für sie die Aufgabe übernehmen, mit dem Ministerium zu verhandeln.

Peter Hohegger ist mit dem Minister befreundet. Seine Kommunikationsberatung erhielt 2,36 Millionen für die KMU Kampagne. Der RH kritisierte: Ausschreibungen fehlend oder mangelhaft, keine Kosten-

Nutzen-Überlegung, Nichtnutzung der vorhandenen Ressourcen im Ministerium. Um den Rechnungshof zu widerlegen wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Hohegger erhielt noch einen weiteren Auftrag: 139 000 Euro für „Informationen der Öffentlichkeit über finanz- bzw. wirtschaftspolitische Maßnahmen“.

Allein zwischen dem Februar 2002 und dem April 2003 hat das Finanzministerium 26 Millionen Euro für Beratungen verschwendet. Allein für die Beratung zum Bundesbeschaffungsgesetz wurden 3,6 Millionen Euro verschwendet.

Für die Ausschreibung zur Verkaufsberatersuche bei den Bundesimmobilien wurden rund 700.000 Euro für Beratungen verschwendet. Für die Beratungstätigkeit zur Erreichung eines Nulldefizits wurden 4,3 Millionen Euro verschwendet.

Bei der Privatisierung der Bundeswohnbaugesellschaften wurden 10,2 Millionen Euro für Beratungen verschwendet.

Bei der Reorganisation des Vergabewesens wurden 2,6 Millionen Euro für Beratungen verschwendet.

Bei der ÖBB wurden seit dem Jahr 2000 rund 90 Millionen Euro für Beratungen verschwendet.

Von 2000 bis 2005 haben Schüssels Regierungsmitglieder in ihren direkten Wirkungsbereichen rund 90 Millionen Euro für Beratungen verschwendet.

Im Mai 2006 wurde die Post an die Börse geschickt. Allein für die Werbung dafür wurden einer Agentur 9.870.000 Euro bezahlt. Um dieses Geld könnten Dutzende Postämter vor der Schließung gerettet werden. Aber der Regierung war Werbung wichtiger als Versorgung. Der Chairman der Agentur hieß Florian Krenkel. Sein vorheriger Arbeitsplatz: Pressesprecher des Bundeskanzlers. Verantwortlich für die zehn verschwendeten Post-Millionen war - wie in den meisten dieser Fälle - Finanzminister Karl Heinz Grasser.

Ein Muster zieht sich durch: die Friends Economy. Keine der Vergaben, keiner der Aufträge ergibt wirtschaftlich einen Sinn. Alle schädigen das Budget. Warum stimmen Kanzler und Finanzminister Ausgaben zum Schaden der Republik zu? Die Antwort liegt nahe: Weil andere davon profitieren. Aber wer sind die „anderen“?

Im Fall der „Beratungen“ ist das klar: Berater und Minister. Im Fall der Immobilien und anderer Verkäufe öffentlichen Eigentums ist es noch einfacher: die großen Käufer. Die größte Investition gibt die größten Rätsel auf: Wer profitiert vom Eurofighter? Warum kauft die Regierung die teuerste Variante eines Produkts, das Österreich nicht braucht? Ist es Parteienfinanzierung? Ist es Personenfinanzierung? Oder gibt es hier ein schwarzes Loch, in dem alles verschwindet?

PROPAGANDA

Kurze Beine

Aus der Budgetrede Finanzminister Grasser im Nationalrat vom 18.10.2000: *„Hohes Haus! Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget! (Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP. Abg. Schwemlein/ SPÖ: Jawohl!) Das ist ein so schöner Satz, dass man ihn noch einmal sagen muss: Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget! (Heiterkeit und neuerlicher Beifall bei den Freiheitlichen und der ÖVP.)“*

Aus der Presseaussendung Grasser vom 27.2.2001 *„Der Countdown für das Ende der Schuldenpolitik hat begonnen: Die Leuchttafel, die heute von Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grasser in Betrieb genommen wurde, signalisiert klar, wohin die Reise geht: Ab 2002 gibt es keine weitere Verschuldung der Republik Österreich. [...] Nur ein saniertes Budget*

gibt uns den notwendigen Handlungsspielraum, damit neue Aufgaben wahrgenommen und bei Bedarf finanzpolitische Maßnahmen ergriffen werden können.“

Aus dem Bundesrechnungsabschluss 2004: „Der im österreichischen Stabilitätspakt vorgesehene Stabilitätsbeitrag des Bundes wurde im Jahr 2004 ebenso wie im Jahr davor deutlich verfehlt. [...] Die Gebarungssalden des Bundes haben längerfristig betrachtet, nach dem guten Ergebnis des Jahres 2001 nunmehr wieder das Niveau der späten Neunzigerjahre erreicht.“

Aus der Rede Van der Bellens im Nationalrat zum Budget 2005, 14.10.2004: „Haben nicht ÖVP und FPÖ den letzten SPÖ-Finanzminister gerne als „Schulden-Rudi“ bezeichnet? Aber dann seien Sie fair - gleiches Recht für alle! Wenn die Defizite von Edlinger den Spitznamen „Schulden-Rudi“ rechtfertigen, dann haben wir hier einen Kandidaten für den „Schulden-Karli“ aber locker! [...] Wenn wir auf das administrative Defizit - ich halte Sie mit den Zahlen nicht auf, aber ich stütze mich auf den Tabellenband zur Budgetrede - des Bundes abstellen, so waren die Defizite 1998/1999 - und das waren die Jahre von „Schulden-Rudi“ - absolut sicherlich niedriger als die über 5 Milliarden Euro, die hier falsch ausgewiesen werden, korrekt für das administrative Defizit, aber falsch für das Maastricht-Defizit des Bundes. Also: Schulden-Karli!“

EU-Kommissar Almunia zu Grassers Budgetpolitik im Standard vom 12.1.2005: „Konkret zweifelt die EU-Kommission aus zwei Gründen daran, dass Österreich 2008 sein Budgetdefizit auf null reduziert: Erstens werde von einem relativ hohen Wirtschaftswachstum ausgegangen, was „riskant“ sei. Zweitens vermisst Almunia konkrete Angaben, wie und was auf der Ausgabenseite eingespart wird. Immerhin hat Wien von 2006 bis 2008 Ausgabensenkungen von rund 8,6 Milliarden Euro nach Brüssel gemeldet - für die Almunia aber keine Maßnahmen finden kann.“

Das Nulldefizit ist nur ein Beispiel. Wenn Schüssels Minister mit kurzen Beinen zur Propaganda antreten, biegen sich die Balken. Die Rechnung ist einfach: Auch wenn die Botschaft ein Schwindel ist – sie muss nur lange genug wiederholt werden. Das reicht, und wenn alles schief läuft, kann immer noch das Thema gewechselt werden.

Hundert Millionen

Wenn es mit Botschaften gar nicht mehr geht, wird „informiert“. Seit dem Jahr 2000 sind die Informationsbudgets der Regierungsmitglieder explodiert.

Bundeskanzleramt	29 Millionen
Sozialministerium	18 Millionen
Landwirtschaftsministerium	12 Millionen
Finanzministerium	8 Millionen
Außenministerium	7 Millionen
Verteidigungsministerium	7 Millionen
Bildungsministerium	6 Millionen
Verkehrsministerium	5 Millionen
Wirtschaftsministerium	3 Millionen
Innenministerium	3 Millionen
Gesundheitsministerium	2 Millionen

100 Millionen Euro

Wenn die öffentliche Meinung nicht von selbst der Regierung folgt, dann muss sie gekauft werden. Dazu dienen den MinisterInnen ihre Budgets für „Information“ – hundert Millionen in orange und schwarz.

Manchmal geht das schief. Am 2. Jänner 2005 schaltete die Regierung in allen Tageszeitungen ganzseitige Inserate: „*Weniger Steuern. Mehr fürs Leben.*“ Darunter stand „*Eine Information der Bundesregierung*“

und gleich daneben: 0800 222 666. Unter derselben Nummer war gerade die Tsunami-Hotline der Regierung eingerichtet. Hilflose Grundwehrdiener wurden nach Steuertipps gefragt, verzweifelte Angehörige kamen nicht mehr durch, weil die Leitungen blockiert waren. Dem Kanzler war das Versehen keine Entschuldigung wert.

Die Farbe ORANGE

Seit Teile der alten FPÖ orange sind, ist auch die Propaganda ihrer Ministerien orange geworden. Nur die orangen MinisterInnen selbst sehen das anders: *„Es gibt kein oranges Logo. Nachstehend darf ich die Farbdefinitionen der Farbtöne, die für dieses Logo verwendet wurden, erläutern. Es handelt sich hier um Gelbtöne, und zwar ... ich kann Ihnen nur die Farbmarke sagen, wie die Mischung ist. Gelb!“* Als die Sozialministerin dem Bundesrat am 9. Februar 2006 die Farbe ihrer Inserate erklärte, protokollierte das Parlament: „Heiterkeit“. Blau ist eben orange, orange ist gelb und am Ende ist alles schwarz.

ALLES GUTE !

Die Visa-Affäre. Der Postenschacher im Verkehrsministerium. Die Freunde des Finanzministers – von IAKW bis zur Bundesbeschaffungsgesellschaft. Herbert Haupt als Behindertenanwalt. Mathias Reichhold als ASFINAG-Vorstand. Die Männerabteilung im Sozialministerium. Zensur für NGO's im Außenamt. Härtefonds als Almosen. Steuermittel für Pensionsprivilegien. Unsoziale und unsinnige Schwerarbeiterregelung. Besetzung vom Filmfestival Diagonale und Österreichischer Galerie im Belvedere durch Günstlinge der ÖVP. Postenschacher im Finanzministerium und in der ÖIAG. Wortbruch bei Pflegegeldvalorisierung. Artothek an ÖVP-Gesellschaft. Stadion Klagenfurt. Nicht deklariertes Aktienbesitz von Schüssel und Grasser. Wörtherseebühne. Aushungerung der Bio-Bauern. Verfassungswidrige Auszahlung der Agrarförderungen. Verhinderung der Niederlassungsfreiheit für öffentliche Apotheken. Weiterhin Medikamenten-Geldrabatte für Ärzte. Keine Psychiatrie auf Krankenschein. Schwächung der Post zur Vorbereitung des Verkaufs. Der Umfaller beim Behindertengleichstellungsgesetz. Geschönte Arbeitslosenstatistik. Bauernsterben durch Agrarumweltprogramm. Knebelverträge im Arbeitsrecht. RAMSAR-Abkommen nicht umgesetzt. Homepage des Finanzministers. Honorare des Finanzministers. Stiftung des Finanzministers. Zerschlagung des Jugendgerichtshofs. Keine Menschenrechtspolitik gegenüber China. Türkei-Wende bei steirischer Landtagswahl. Vernachlässigung der Entwicklungszusammenarbeit. Privatisierungen zur Schönung des Budgets...

Die Liste ist noch weit länger. Wer Misswirtschaft, Klientelpolitik, kurz-sichtige und unsachliche Entscheidungen finden will, muss bei der Regierung der ÖVP nicht lange suchen. Egal, auf welchen Busch man klopft, es kommt sofort Neues und Erstaunliches zutage.

Natürlich hat die ÖVP recht, wenn sie der SPÖ fehlende Wirtschaftskompetenz vorwirft. Aber von ÖIAG bis Gruppenbesteuerung, von der Duldung der Schwarzarbeit bis zum Totalversagen der Bankenaufsicht – die Wirtschaftskompetenz der ÖVP unterscheidet sich nur in einem wesentlichen Punkt: Es sind meist VertreterInnen der Wirtschaft, denen die ÖVP Gefälligkeiten erweist.

Der ÖVP ist eine politische Wende gelungen. Viele waren erleichtert, als die Große Koalition beendet war. Die Erleichterung ist großer Ernüchterung gewichen. Sachlich und personell ist das Kabinett Schüssel am Ende. Aber die ÖVP will nicht von der Macht lassen.

„Mir ist Italien und Europa zu wichtig, um es von der Unterstützung der Kommunisten abhängen zu lassen. Wir brauchen eine starke Mitte-Rechts-Koalition in Italien. Alles Gute, lieber Silvio!“ Am 31. März 2006 wünschte Wolfgang Schüssel seinem politischen Freund Berlusconi ein letztes Mal öffentlich alles Gute. In der Hoffnung auf ähnliche Folgen äußern wir einen Wunsch für die Nationalratswahl:

„Alles Gute, lieber Wolfgang!“

SCHWARZBUCH
SCHWARZ



SCHWARZBUCH
ROT